

Jörg Hofmann
Erster Vorsitzender der IG Metall



Pressekonferenz

„Perspektiven für die Rente“

Vorschläge der IG Metall für den Neuaufbau einer
solidarischen Alterssicherung

Berlin, 20. Juli 2016

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

immer mehr Menschen stellen sich die Frage: Wie gut werde ich im Alter von meiner Rente leben können?

Zurecht! Denn die Absenkung des Rentenniveaus, die Anhebung der Altersgrenzen, die Zunahme von Niedrigeinkommen und Lücken im Verlauf der Erwerbsbiografie bedeuten für immer mehr Menschen, dass es schwierig wird, im Alter finanziell ausreichend abgesichert zu sein.

Wenn nichts passiert, besteht die Gefahr, dass das Rentenniveau weiter deutlich sinken wird oder die Regelaltersgrenzen weiter steigen. Die Hoffnung der Rentenreform 2002, die private Vorsorge könnte diese Lücke schließen, ist nicht aufgegangen.

Zudem erzeugt der aktuelle Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt erhebliche Sicherungsrisiken im Alter. Mit der Zunahme von Niedrigeinkommen und porösen Erwerbsbiografien verlieren die Menschen die Möglichkeit, ausreichend Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung anzusammeln.

Die Leistungskürzungen bei der gesetzlichen Rente und die Veränderungen am Arbeitsmarkt führen zu schwerwiegenden Versorgungsproblemen: Die Lebensstandardsicherung rückt für viele Menschen in weite Ferne und Altersarmut wird zu einem bedeutenden Risiko.

Für uns zielt die gesetzliche Rente nicht allein auf den Schutz vor Altersarmut, sondern es geht um Lebensqualität im Alter.

Nach einer Analyse der IG Metall sind fast zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger pessimistisch, was ihre Alterssicherung angeht. 64 Prozent der Befragten glauben, dass sie von ihrer Rente nicht gut leben können.

Auch die Erfahrungen und Diskussionen der IG Metall zur Alterssicherung und Altersübergängen vor Ort und in den Betrieben zeigen: Beim Thema Rente gibt es viele Baustellen.

Das Alterssicherungssystem ist so umzugestalten, dass wieder eine verlässliche und ausreichende Absicherung im Alter gewährleistet ist, ein flexibler Ausstieg aus dem Erwerbsleben ermöglicht wird und die notwendigen Aufwendungen nachhaltig und gerecht finanziert werden.

Die IG Metall setzt sich daher für einen grundlegenden und solidarischen Neuaufbau der Alterssicherung ein und hat ein eigenes Rentenkonzept entwickelt.

Dabei orientieren sich die Vorschläge der IG Metall am Leitbild einer sozialen Rentenversicherung, in der das Prinzip der Beitrags- und Leistungsgerechtigkeit (Äquivalenz-Prinzip) und ein angemessener Solidarausgleich ineinander greifen.

Grundsätzlich soll die (relative) Höhe des „verbeitragten Einkommens“ auch zukünftig die (relative) Höhe der individuellen Rente bestimmen.

Zur Vermeidung von Altersarmut sollte zugleich das Solidarprinzip im Rentensystem gestärkt werden, um Anwartschaftslücken etwa bei Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, Pflege oder Ausbildung auszugleichen. Eine Reduzierung der gesetzlichen Rente auf eine bloße Grundrente hingegen lehnt die IG Metall ab.

Damit ist auch ausgesagt, dass Voraussetzung für eine ausreichende Rente eine Arbeitsmarkt-, Familien- und Bildungspolitik ist, die eine ununterbrochene Erwerbsbiografie bei fairem Einkommen ermöglicht. Rentenpolitik allein kann Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in der Rente nicht mehr korrigieren. Aber natürlich kann sie und muss sie für eine ausreichende Rentenhöhe im Alter sorgen, die die Lebensleistung anerkennt.

Davon kann kaum die Rede sein, wenn der ohnehin immer seltener vorzufindende „Standardrentner“ nach 45 Versicherungsjahren bei einem durchschnittlichen

Verdienst und trotz der Rentenerhöhung dieses Jahr gerade bei 1.370 Euro brutto landet. Hinzu kommen die Abzüge für die Kranken- und Pflegeversicherung und gegebenenfalls Steuern. Dieses Niveau soll so die aktuelle Rentenvorausberechnung bei gleichbleibendem Rentenrecht weiter sinken. Dies rüttelt an der Legitimation der gesetzlichen Rente.

Dringenden Reformbedarf sehen wir deshalb bei der Stabilisierung und Anpassung des Rentenniveaus.

Mit der Rentenreform 2002 wurde ein genereller Kurswechsel in der deutschen Alterssicherungspolitik vollzogen.

Um die Beiträge bei bekannter demografischer Entwicklung zu begrenzen, wurde das Niveau der gesetzlichen Rente abgesenkt, indem ihre Entwicklung von der Entwicklung des Entgeltneiveaus abgekoppelt wurde. Dies führte dazu, dass viele Versicherte mit geringen und mittleren Einkommen in Zukunft selbst bei langer Beitragsleistung nur noch schwer eine Rente oberhalb der Sozialhilfe für Rentner – der Grundsicherung im Alter – erreichen.

Damit die gesetzliche Rente zukünftig wieder ein gutes Leben im Alter sichern kann, schlägt die IG Metall in einem ersten Schritt die Stabilisierung des Rentenniveaus und längerfristig eine Wiederanhebung vor.

Zur Anhebung der Renten schlägt die IG Metall ein Drei-Phasen-Konzept vor.

In Phase eins geht es darum, dass Absinken des Leistungsniveaus zu stoppen. In der zweiten Phase soll die Rentenentwicklung wieder an die Lohn- und Gehaltsentwicklung angekoppelt werden. Und in einer dritten Phase soll die schrittweise Anhebung des Versorgungsniveaus im Alter, auch durch die gesetzliche Rente erfolgen.

Ich will darauf hinweisen, dass es wenig Sinn macht, sich mit einem Vorlauf von Dekaden über ein Sicherungsziel und die dafür notwendige Beitragshöhe zu verständigen. Jede Rentenvorausberechnung wurde durch die Realität, teilweise

massiv korrigiert. Wichtig ist die Zielrichtung: Stabilisierung, Ankopplung an Entgeltentwicklung und langfristige Anhebung.

Eine Betriebsrente für alle

Die IG Metall engagiert sich daneben, besonders für eine Stärkung der zweiten Säule – der betrieblichen Altersvorsorge (bAV) – als Ergänzung zur gesetzlichen Altersvorsorge.

In den letzten Wochen wurden zwei Gutachten, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales bzw. vom Bundesministerium für Finanzen in Auftrag gegeben wurden, veröffentlicht. Viele dort angesprochene Punkte decken sich mit den Vorschlägen der IG Metall.

Die IG Metall setzt sich dafür ein, die betriebliche Altersvorsorge für alle Beschäftigten anzubieten und ihnen damit zusätzliche Anwartschaften zu sichern. Klar ist, dass eine Reform der betrieblichen Altersvorsorge die Pflicht zur finanziellen Beteiligung des Arbeitgebers enthalten muss.

Um Betriebsrenten attraktiver zu machen, sollte der steuerfreie Dotierungsrahmen für tarifliche Lösungen erhöht werden. Bei einer Reform der betrieblichen Altersvorsorge muss auch dafür Sorge getragen werden, dass die Ansprüche aus Betriebsrenten bei einem Arbeitgeberwechsel vollständig auf den neuen Arbeitgeber übertragen werden können.

Zudem sind die Rahmenbedingungen, die heute die betriebliche Altersvorsorge negativ belasten, wie die Anrechenbarkeit auf die Grundsicherung und die doppelte Veranlagung zur Kranken- und Pflegeversicherung in der Anspar- wie der Leistungsphase zu verändern.

Den Tarifvertragsparteien sollte die Möglichkeit gegeben werden, branchenbezogene, tarifliche Lösungen zu schaffen, die vom Gesetzgeber privilegiert werden.

Den Vorstoß von Bundesministerin Nahles, die betriebliche Altersvorsorge durch gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien zu stärken, befürwortet und unterstützt die IG Metall im Kern.

Hier gäbe es noch viel zu sagen, aber heute steht die Entwicklung der gesetzlichen Rente im Mittelpunkt.

Flexible Altersübergänge und Reform der Erwerbsminderungsrente

Mit der Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre wurde der Zugang zur Altersrente für viele Beschäftigte erschwert. Mit der Möglichkeit zur Rente mit 63 hat die Bundesregierung immerhin eine wichtige Korrektur vorgenommen. Es fehlt jedoch nach wie vor allem an flexiblen Übergangsoption VOR der Regelaltersgrenze.

Die Vorschläge des BMAS für eine Flexi-Rente zielen in erster Linie darauf, die Kombination von (Teil-)Rentenleistungen und Erwerbsarbeit attraktiver zu machen und so das Arbeiten neben der Rente zu erleichtern. Dagegen ist da nichts einzuwenden, wo die Weiterarbeit neben dem Rentenbezug auf der Freiwilligkeit der Beschäftigten beruht und nicht auf finanziellen Zwängen, die durch Leistungskürzungen und Versorgungslücken in der gesetzlichen Rente entstehen.

Aus Sicht der IG Metall muss es vor allem darum gehen, die Beschäftigten gesund und sicher bis zum Rentenalter zu bringen und dafür zu sorgen, dass sie im Alter ein ausreichendes Einkommen aus ihrer Rente bekommen. Es darf nicht darum gehen, Arbeiten im Rentenalter zum Normalfall zu machen.

Was wir dafür brauchen sind:

1. Auskömmliche Renten, die im Alter ein Leben ohne Erwerbsarbeit gewährleisten,
2. eine erreichbare Regelaltersgrenze und verstärkte Anstrengungen in Arbeitsschutz, Prävention und Reha, damit die Beschäftigten die Regelaltersgrenze tatsächlich und gesund erreichen können,
3. maßgeschneiderte Übergangsoptionen: Ein Baustein ist hier die Weiterführung der Rente mit 63, ein weiterer die Erleichterung des Zugangs

zu Erwerbsminderungsrenten und die Abschaffung der systemwidrigen Abschläge, der dritte die Altersteilzeit, zu der wir in der Tarifrunde 2015 die tariflichen Möglichkeiten erweitert haben.

Konzept gegen Altersarmut: Verlässliche und ausreichende Absicherung

Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor und brüchige Erwerbsbiografien führen dazu, dass Beschäftigte im Alter zunehmend nicht ausreichend abgesichert sind.

Deshalb plädiert die IG Metall dafür, niedrige Einkommen durch die Anwendung der Rente nach Mindestentgeltpunkten, die bisher nur für Zeiten bis 1992 gilt, dauerhaft aufzuwerten. Die Vorschläge zur „solidarischen Lebensleistungsrente“ von Seiten der Regierung werden wir prüfen.

Darüber hinaus setzt sich die IG Metall dafür ein, dass für Phasen von Langzeitarbeitslosigkeit wieder wirksame Beiträge an die Rentenversicherung entrichtet werden und Ausfallzeiten (Kindererziehung, Pflege, Qualifizierungsphasen) rentensteigernd Berücksichtigung finden.

Bei der Finanzierung all dieser Instrumente gegen Altersarmut setzt sich die IG Metall aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit für eine steuerfinanzierte Lösung ein. Hierzu kann auch die Ausschöpfung der ursprünglich für den Aufbau der „Riester-Rente“ eingeplanten Mittel dienen. Hier ist aber der Bestandsschutz für bestehende Riester-Verträge zu beachten.

Finanzierung der Alterssicherung

In den letzten Jahren war es erklärtes politisches Ziel, eine Erhöhung der Beitragssätze zu verhindern. Der Beitragssatz ist aktuell bis 2030 bei 22 Prozent gedeckelt.

Eine aktuelle Analyse der IG Metall basierend auf repräsentativen Befragungsdaten von TNS Infratest zeigt, dass Beschäftigte durchaus bereit sind, höhere Rentenbeiträge zu zahlen, wenn sie dadurch mehr Lebensqualität im Alter haben. Über 60 Prozent der Befragten wären demnach bereit, höhere Rentenbeiträge zu

zahlen. Über die Höhe, über die erwartbare Leistung bedarf es einer gesellschaftlichen Debatte.

In den kommenden Wochen wird die IG Metall dabei deutlich machen, dass es bei der Frage des Rentenniveaus und der Beitragshöhe nicht um einen Konflikt zwischen Generationen geht, sondern um eine Abwägung zwischen Leistungszielen und Aufwendungen, der Verteilung der Lasten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und eine neue Justierung der Säulen der Alterssicherung.

Nur wenn diese gelingt, lässt sich ein solidarischer Neuaufbau der Alterssicherung in Deutschland erreichen.

Nicht nur die IG Metall, auch der DGB sieht in der Fortentwicklung des Rentenniveaus ein zentrales Thema. Wir haben daher mit den DGB-Gewerkschaften beschlossen, eine starke und wirkungsvolle Kampagne hierzu im Vorfeld der Bundestagswahlen zu starten.

Die IG Metall greift dies durch eigenständige Aktivitäten und Überlegungen auf. Ein Teil ist das heute hier vorgestellte Rentenkonzept.

Sicher lässt sich, und ich habe dies angedeutet, Rentenpolitik nicht getrennt von der Entwicklung von Erwerbsarbeit in einer globalen und digitalen Arbeitswelt von morgen betrachten. Es geht um die Frage, wohin entwickelt sich unser Sozialstaat im Kontext dieser Rahmenbedingungen. Eine Frage, auf die wir als IG Metall, auch mit Blick auf die Rentenpolitik auf einem Kongress am 27./28. Oktober hier in Berlin im Gasometer nachgehen wollen, zudem ich Sie schon heute einladen darf.

Weitere Aktivitäten, auch öffentliche Aktionen zum Rentenniveau sind 2017 im Vorfeld der Bundestagswahl geplant.

Ich übergebe nun an Hans-Jürgen Urban, der wie angekündigt noch einmal näher auf die Frage des Rentenniveaus und der Finanzierung der Alterssicherung eingehen wird.